

Deutsche Unternehmen zahlen Rekord-Dividende, Verbraucherschutz verlangt Vorgaben für KI, Neue Rentenpläne?

Deutsche Unternehmen zahlen 75 Milliarden Euro Dividende

In Deutschland können sich die Aktionäre für das abgelaufene Geschäftsjahr 2022 auf eine Rekordsumme an Dividende freuen. Trotz zahlreicher Belastungen infolge des Ukraine-Krieges wollen börsennotierte Unternehmen insgesamt rund 75 Milliarden Euro in diesem Jahr 2023 an ihre Anteilseigner ausschütten, wie aus Berechnungen der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) und des Institutes for Strategic Finance (isf) an der FOM Hochschule hervorgeht. Damit werde die Bestmarke um 9 Prozent (!) übertroffen. Ob sich dieser Trend fortsetzt, ist aus Sicht der Aktionärsvertreter angesichts zahlreicher Herausforderungen unsicher. Mehr dazu hier. ([Manager Magazin](#))

Verbraucherschutz verlangt Vorgaben für KI

Neue Probleme wird der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) auf. Um denen zu begegnen, fordert das Bundesministerium für Verbraucherschutz laut einem Medienbericht schnelle Regulierungen. KI bringe enorme Chancen, aber gleichzeitig große Risiken mit sich. Um Diskriminierung zu vermeiden, müssten die Systeme transparent, nachvollziehbar und überprüfbar gestaltet werden. Das Bundesdigitalministerium hatte zuvor ein Verbot der KI-Anwendung von ChatGPT wie in Italien abgelehnt. Zudem müsse die KI-Kompetenz in der Gesellschaft ausgebaut werden. Eine ausschließlich technische

Regulierung von KI reiche nicht aus. ([Spiegel Online](#))

Neue Rentenpläne?

Ab dem Jahr 2031 will die CDU das Renteneintrittsalter direkt an die Lebenserwartung koppeln. Bislang steigt das Eintrittsalter der gesetzlichen Rente bis zum Jahr 2030 in kleinen Schritten auf 67 Jahre. Das Konzept der Sozialpolitiker sieht zudem deutliche Änderungen bei der privaten Altersvorsorge vor. Geplant ist demnach, dass an die Stelle der umstrittenen Riester-Rente ein neues, staatlich gefördertes Standardprodukt tritt. Grundsätzlich will die CDU die kapitalgedeckte Vorsorge stärken. Dazu gehört auch, die staatlich geförderte private Altersvorsorge besser mit der Betriebsrente zu verzahnen. Mehr dazu [hier](#). ([Welt Online](#))